

48. Sportministerkonferenz am 14./15. September 2023 in Herzogenaurach

Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele (Sommer oder Winter) in Deutschland Beschluss vom 14. September 2023 (48.SMK-BV09/2023)

Olympische und Paralympische Spiele sind das größte Sportereignis der Welt und stellen regelmäßig den Höhepunkt in der Karriere von Spitzenathletinnen und -athleten dar. In Deutschland fanden zuletzt im Jahr 1972 in München Olympische Sommerspiele statt. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat in seiner Mitgliederversammlung am 3. Dezember 2022 einstimmig die Erarbeitung einer qualifizierten Grundsatzentscheidung beschlossen, ob, für welches Jahr, mit welchen Austragungsorten und unter welchen konkreten Rahmenbedingungen sich Deutschland erneut um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele (Sommer oder Winter) bewerben soll. Dieser Grundsatzentscheidung soll ein ergebnisoffener, partizipativer Strategieprozess vorausgehen.

Sportgroßveranstaltungen wie Olympische und Paralympische Spiele sind grundsätzlich sehr gut geeignet, der Sportentwicklung in Deutschland in allen Facetten der gesellschaftspolitischen Bedeutung des Sports, wie Nachhaltigkeit, Inklusion, Integration, Bildung und freiwilliges Engagement, zu dienen. Auch haben nicht zuletzt die European Championships 2022 in München und die Special Olympics World Games 2023 in Berlin gezeigt, dass Sportgroßveranstaltungen große Begeisterung in der Bevölkerung hervorrufen und deren Rückhalt genießen können.

Vor diesem Hintergrund fasst die Sportministerkonferenz folgenden Beschluss:

1. Die Sportministerkonferenz sieht in einer möglichen Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele (Sommer oder Winter) das Potenzial, einen Mehrwert für Deutschland und seine Bevölkerung zu schaffen und die gesellschaftliche Bedeutung des Sports sowie sportlicher Aktivität in Deutschland erheblich zu stärken.
2. Die Sportministerkonferenz ist davon überzeugt, dass eine Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland den Rückhalt in der Bevölkerung voraussetzt und nur mit diesem Rückhalt erfolgreich sein kann. Die Spiele müssen in mitten der Gesellschaft verankert sein.
3. Die Sportministerkonferenz begrüßt die Anstrengungen aller Beteiligten, insbesondere des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), im Rahmen eines ergebnisoffenen, partizipativen Strategieprozesses eine Grundsatzentscheidung hinsichtlich einer möglichen Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele (Sommer oder Winter) in Deutschland herbeizuführen.
4. Das Vorhaben, maximal nachhaltige Spiele unter möglichst vollständiger Nutzung bestehender national und international erprobter Sportstätten durchzuführen, entspricht den Forderungen der Sportministerkonferenz und ist auch in finanzieller Hinsicht notwendige Voraussetzung.
5. Die Sportministerkonferenz erwartet seitens des DOSB frühzeitig eine transparente, sportpolitisch-gesellschaftlich vertretbare Kostenkalkulation sowie ein klares Bekenntnis der Bundesregierung und eine erhebliche Beteiligung des Bundes an den für eine mögliche Bewerbung und Ausrichtung entstehenden Kosten.